

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,80 RM. wöchentlich 50 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen und Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Abonnementpreis: die 48-paltige Monatszeitung 20 Pf., die 48-paltige Zeit der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 48-paltige Monatszeitung im restlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 65 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 17. März 1933

Dr. Schacht wieder Reichsbankpräsident

Luther erklärt seinen Rücktritt.

Reichsbankpräsident Dr. Luther ist, wie die Reichsbank mittelst, von der Leitung der Reichsbank zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde Dr. Schacht bestimmt. Dr. Luther erklärte bereits dem Reichspräsidenten seinen Abschiedsbesuch.

Der Generalkonferenz der Reichsbank wählte, nachdem er von dem Antrag Dr. Luthers, ihn von seinem Amt zu entbinden, Kenntnis genommen hatte, den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht zum Nachfolger, um seine Bilanz in der Befugnis der Reichsbankleitung eintreten zu lassen. Die Wahl Dr. Schachts bedarf jetzt noch der Bestätigung des Reichspräsidenten.

Dr. Luther.

Dr. Luther wurde am 12. März 1930 als Nachfolger Schachts vom Generalkonferenz der Reichsbank zu deren Präsident gewählt. Er war vom Januar 1925 bis Mai 1926 Reichskanzler, nachdem er schon in den vorhergehenden Jahren dem Kabinett als Reichsfinanzminister angehört hatte. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik beschäftigte er sich jahrelang mit wirtschaftlichen und kulturellen Fragen sowie mit der Neuordnung der Verhältnisse zwischen Reich und Ländern. Im Jahre 1929 wurde er Vorstandsmitglied der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen.

Dr. Schacht.

Dr. Schacht steht heute im 57. Lebensjahre. Er war ursprünglich Archivar der Dresdner Bank. Im Jahre 1907 wurde er von der Nationalbank für Deutschland in jungen Jahren zum ordentlichen Vorstandsmitglied berufen. Im November 1923 wurde Dr. Schacht Reichswährungs-Kommissar mit großen Vollmachten. Er übernahm im Dezember 1923 die Führung der Reichsbank. 1930 trat er von der Leitung der Reichsbank zurück, weil er mit der damaligen Reichsregierung in starken Gegensatz wegen der Beurteilung des Young-Planes kam. Bei den Sachverständigenberatungen über den Young-Plan hatte Dr. Schacht als Vertreter Deutschlands teilgenommen. Die Vorschläge der Sachverständigen wurden aber bei den Schlussberatungen der verantwortlichen Staatsmänner in der Haager Konferenz derart zugunsten Deutschlands abgeändert, daß Schacht sich offen gegen die deutsche Regierung, die den Young-Plan annahm, wandte. Das führte dann zu seinem Rücktritt. Die Entwicklung unter der Wirkung des Young-Planes hat aber Schacht recht gegeben.

Der Wechsel in der Reichsbankleitung.

Die offizielle Mitteilung der Reichsbank. Die offizielle Mitteilung der Reichsbank bezeichnet zunächst den in der Sitzung des Generalkonferenz am 12. März 1933, ihm von seinem Amt als Reichsbankpräsidenten zu entbinden, wobei zur Begründung auf das nachstehende Schreiben des Reichsbankpräsidenten an den Reichspräsidenten verwiesen wird. Der Generalkonferenz brachte zum Ausdruck, daß unter der Führung Luthers die Interessen der deutschen Währung und die damit zusammenhängenden Wirtschaftsinteressen gewahrt waren und seien. Der Generalkonferenz stimmte jedoch der Beurteilung der Sachlage durch den Präsidenten zu und nahm das Rücktrittsgesuch an, wobei er dem scheidenden Präsidenten für die hervorragenden Verdienste in schwerster Krisenzeit herzlich dankte. Der Generalkonferenz wählte dann einstimmig Dr. Hjalmar Schacht mit Wirkung vom 17. März ab zum Präsidenten des Reichsbankdirektoriums. Bestätigung des Reichspräsidenten ist nachgesucht.

Das Schreiben des Reichsbankpräsidenten Luther an den Reichspräsidenten.

auf das dieser geantwortet hat, lautet wie folgt: Daß die Reichsbankleitung stetig und von parteipolitischen Erwägungen unabhängig zu sein hat, müsse zum Schutze der Währung als tragender Grundlage deutschen Volks- und Wirtschaftslebens jetzt und auch künftig Geltung behalten. Bei der durch die jüngsten politischen Ereignisse bevorstehenden Neuordnung vieler Verhältnisse bei es eine dringende Staatsnotwendigkeit, daß die Reichsbank in allen Fragen von Belang, die Währung, Kredit, öffentliche Finanzen und Wirtschaftspolitik betreffen, von Anfang an zugezogen wird und in enger Zusammenarbeit mit der Reichsregierung die Autorität ihrer Erfahrung und Sachkunde zur Geltung bringen kann. Eine besondere und sogar vornehmliche Aufgabe des Reichsbankpräsidenten sei es, diese Verbindungen durch seine

Persönlichkeit herzustellen. Aus den Erörterungen mit dem Herrn Reichskanzler habe Dr. Luther entnehmen müssen, daß bei der Reichsregierung gegen eine derartige Ausübung des Reichsbankpräsidenten durch ihn Bemerkungen vorliegen.

Bestände aber in einer Stunde wie der gegenwärtigen nicht auch von Seiten der Reichsregierung die Bereitwilligkeit zu enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit, so müsse die Sache selbst darüber schweren Schaden leiden. Dem wolle Dr. Luther vorbeugen, indem er den Posten des Reichsbankpräsidenten zu anderweiter Befugnis durch die hierfür im Bankgesetz vorgeordneten Organe freimacht.

Daß die Reichsregierung keinerlei Währungsexperimente zu machen gedenkt, ginge nicht nur aus ihren bisherigen Erklärungen hervor, sondern sei ihm vom Reichskanzler ausdrücklich versichert worden.

Dankschreiben Hindenburgs an Luther.

Der Reichspräsident hat an den zurückgetretenen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther folgendes Schreiben gerichtet: Sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident! Aus Ihrem heutigen persönlichen Vortrage habe ich von Ihrem Ent-

schluß, aus dem Amte des Reichsbankpräsidenten auszuscheiden, Kenntnis genommen. Wie Sie mir in Ihrem letzten erhaltenen Schreiben mitteilen, hat der Generalkonferenz der Reichsbank in Würdigung Ihrer Gründe Ihren Antrag entsprochen und Sie von dem Amte als Präsident des Reichsbankdirektoriums entbunden.

Ihr Rücktritt von der Leitung der Reichsbank gibt mir Veranlassung, mit Dankbarkeit und Anerkennung der vielfachen Verdienste zu gedenken, die Sie sich in schicksalsschweren Jahren als Reichsfinanzminister und Reichskanzler wie als Reichsbankpräsident um Deutschland erworben haben. Ihre Mitarbeit bei der Überwindung der Inflation und die Überleitung der gesamten öffentlichen Wirtschaft Deutschlands in geordnete Verhältnisse werden als Ihr besonderes Verdienst in der harten Geschichte der Nachkriegszeit weiterleben. Ebenso werden Ihnen die Verdienste unvergessen bleiben, die Sie sich als Leiter der Deutschen Reichsbank in der gefährlichen Krisenzeit der letzten Jahre um die deutsche Währung erworben haben.

Namens des Reichs wie eigenen Namens spreche ich Ihnen für alles, was Sie in hingebender Arbeit im Dienste des Reichs geleistet haben, tiefempfundenen Dank aus. Ich gebe dabei der Hoffnung Ausdruck, daß Ihre großen Erfahrungen und Ihre unermüdete Schaffenskraft auch künftig für unser Vaterland nutzbringende Verwendung finden werden.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener
gez. von Hindenburg.

Ein letzter Appell zur Abrüstung.

Eine Rede Macdonalds.

Englands Ministerpräsident Macdonald teilte im Verlauf einer großen Rede vor dem Hauptauschuß der Genfer Abrüstungskonferenz die neuen Abrüstungsvorschläge seiner Regierung mit. Gleichzeitig richtete er einen ernsten Appell an die Nationen, angesichts der kritischen Konferenzlage endlich den Erfordernissen der Stunde Rechnung zu tragen und an die entscheidenden Abrüstungsfragen heranzugehen.

Macdonald führte u. a. aus: Die Konferenz sei jetzt in die letzte entscheidende Phase eingetreten. Die Abrüstung von über 60 Staaten solle durchgeführt werden. Die Männer guten Willens müßten sich jetzt schlüssig werden und die Verantwortung übernehmen. Ein langjähriger Freund, der ein treuer Diener des internationalen Friedens sei, habe ihm gesagt:

„Entweder wird Deutschland Gerechtigkeit und Freiheit gewährt oder Europa bricht zusammen.“ Deutschland würde aber „als nur fordernde Macht“ in eine falsche Lage geraten. Alle Staaten müßten zur Sicherung des Friedens beitragen.

Die entwaffneten Mächte verlangten heute Gerechtigkeit und Freiheit, die bewaffneten Mächte müßten in der Herabsetzung ihrer Rüstungen ihren Beitrag zum Werte des Friedens erblicken. Der Beitrag der entwaffneten Staaten müsse in der Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens, guten Willens, gegenseitigen Verständnisses, der Sicherheit und des internationalen Friedens bestehen.

Durch die Erklärung der fünf Großmächte vom 11. Dezember v. J. seien zwei entscheidende Punkte geregelt worden: In dieser Erklärung sei die Gewalt bei Durchsetzung politischer Ziele ein für allemal ausgeschlossen. In dieser Erklärung sei die Gleichberechtigung Deutschlands anerkannt worden.

Die Gleichberechtigung könne aber nur in Etappen durchgeführt werden.

Bei seiner Ankunft in Genf, so fuhr Macdonald dann fort, sei ihm die Vertagung der Konferenz als einziger Ausweg vorgeschlagen worden. Eine glatte Vertagung würde aber das Eingeständnis des Zusammenbruchs der Konferenz bedeuten. Die englische Regierung habe daher einen neuen Vorschlag ausgearbeitet, der zwar niemand befriedigen werde. Wer jedoch die Interessen von 60 Nationen befriedigen wollte, sei ein Narr.

Der englische Plan sehe eine Übergangszeit für die bewaffneten und entwaffneten Staaten vor. Er ergehe für niemand Partei, sondern liege in der Mitte. Die Konferenz sei eine Abrüstungskonferenz, nicht eine „Aufrüstungskonferenz“. Die Konferenz müsse sich endgültig entschließen, die Ziffern für die Herabsetzung der Rüstungen festzustellen. Sechs Jahre lang habe man sich geschaut, an diese entscheidende Frage heranzugehen. Einige Nationen lehnten es ab, offen miteinander zu reden. Damit müsse jetzt endlich Schluss gemacht werden.

Wenn die Konferenz zusammenbreche, wenn der englische Plan abgelehnt werde, so werde die gesamte Entwicklung mit großer Beschleunigung katastrophen zweien. Es sei eine Freiheit, Risiken nicht übernehmen zu wollen. Opfer müßten gebracht werden. Ein Zusammenbruch der Konferenz würde Leidenschaften entfachen, die Krieg bedeuten könnten. Hat die Welt noch nicht genug an Agonie und Kriegesgefahr? Der Damm des Friedens muß errichtet werden.

Gleichberechtigung und Revision.

Aus der Rede Macdonalds. Macdonald stellte in seiner Genfer Rede ausdrücklich fest, daß die Fünf-Mächte-Konferenz im Dezember ihren Beitrag zur Abrüstungsfrage durch Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands geleistet habe. Die fünf Mächte hätten sich jedoch darüber hinaus zu einer Zusammenarbeit mit allen denjenigen Nationen bereit erklärt, die gewillt seien, in Zukunft bei einem politischen Konflikt auf jede Gewalt zu verzichten. Auf diese Weise sei gleichzeitig der Grundgedanke der Gleichberechtigung und der Sicherheit uneingeschränkt anerkannt worden.

Macdonald betonte ausdrücklich, daß die Gewaltverzichtserklärung der fünf Großmächte, der sich die Konferenz entschlossen habe, eine entscheidende Garantie der Sicherheit bilde. In offener Auspielung auf Deutschland erklärte Macdonald sodann, daß die „Revision“ selbständig sei. Aber nicht eine „Revision“ auf der Spitze der Bajonette, sondern eine „von Verunft getragene und am Verhandlungstisch beratene Revision“.

Wirkliche Abrüstung und gerechter Rüstungsausgleich!

Radowy antwortet Macdonalds. Reichshausier Radowy gab im Namen der Reichsregierung im Hauptauschuß zu der großen Rede Macdonalds und dem neuen englischen Abrüstungsplan eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die deutsche Regierung begrüßt aufs wärmste den Entschluß, der Abrüstungskonferenz jetzt einen praktischen Plan vorzulegen. Dies ist der einzige Weg, um die Konferenz aus dem Rehyd der Ausschlüsse und Unterausschlüsse zu befreien, in das sie sich hoffnungslos verstrickt hat. Die Konferenz tritt damit in eine neue, hoffentlich letzte Phase ein.

Es erübrigt sich, auf die entscheidende Bedeutung praktischer Ergebnisse der Konferenz gerade für Deutschland hinzuweisen. Aus der Grundlage der Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember wünscht Deutschland auf das dringendste die Annahme eines Abrüstungsabkommens und eines gleichen Sicherheitsregimes für alle Staaten. Dieses Regime kann nach deutscher Auffassung vor allem durch eine entschei-